

Herrschaft durch Sprache

Die Meinung Nietzsches, jeder Kampf um die Macht werde künftig ein Kampf um die Macht über die Sprache sein, hat in unserer Zeit neue Aktualität erhalten. Wer die Menschen beherrschen will, muß seine Sprachregelung verbindlich durchsetzen können. Es muß ihm gelingen, daß seine Wörter und Begriffe in die öffentliche Sprache eingehen und damit auch sein Denken in das Bewußtsein der Menschen eindringt. Denn wer eine Sprache übernimmt, übernimmt gleichzeitig die Interpretation der Wirklichkeit, der diese Sprache Ausdruck gibt.

In einer Zeit, in der die Menschen durch die Massenmedien fast überall und ständig erreichbar sind, ist Herrschaft mehr denn je Herrschaft durch Sprache. Zwar kann man sich dem Einfluß der Medien durchaus entziehen. Wer kritisch denkt, kann Versuche zur Herrschaft durch Sprache entdecken, kann sich zur Wehr setzen, kann auch „aufklärend“ wirken. Doch häufig fehlen Fähigkeit oder Wille zu kritischer Distanz, ja oft sind es gerade Vertreter der „kritischen Intelligenz“, die den Menschen ihre Sprache aufzudrängen suchen. So kann man immer wieder beobachten, wie sich innerhalb kurzer Zeit Begriffe ausbreiten, die im Sinn einer bestimmten Ideologie unsere Welt benennen und so Bewußtsein verändern wollen, ohne daß diese Absicht durchschaut wird.

Ein bezeichnendes Beispiel aus den letzten Jahren ist die Ausweitung der Begriffe „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ vom wirtschaftlich-sozialen Bereich auf die politisch-gesellschaftliche Ordnung überhaupt. Damit verbreitete sich der Eindruck, der Grundkonflikt der heutigen Welt sei weniger die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur als die Alternative Kapitalismus–Sozialismus.

Die politische Ordnung der Bundesrepublik wie auch des ganzen Westens ruht jedoch auf der Grundentscheidung für den demokratischen Verfassungsstaat und damit gegen diktatorische Systeme jedweder Herkunft. Und weil der Kommunismus heute weltweit eine Form totalitärer Herrschaft verkörpert, ist die Entscheidung für die Demokratie auch Entscheidung gegen den Kommunismus: Sie ist, weil antitotalitär, ebenso antikommunistisch wie antifaschistisch. Mit der Verlagerung der politischen Sprache auf die Alternative Kapitalismus–Sozialismus wird die totalitäre kommunistische Herausforderung eine Frage von zweitrangiger Bedeutung. Alternativen zum demokratischen Verfassungsstaat erscheinen prinzipiell als gleichberechtigte andere Möglichkeiten – wenn sie nur das Grundübel des „Kapitalismus“ ausrotten.

Die Begriffe Sozialismus und Kapitalismus kennzeichnen in diesem Sprach-

gebrauch Freund und Feind. Das Wort Kapitalismus hat diffamierende Bedeutung. Es ist gleichsam Inbegriff allen Übels. Damit tritt an die Stelle der rationalen, klar umschreibbaren Alternative Demokratie-Diktatur eine irrationale Freund-Feind-Benennung. „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ sind heute bloße Wortsymbole, Schlagwörter, die mit den verschiedensten Inhalten gefüllt werden, weithin aber schon Synonyme für „böse“ und „gut“ geworden sind. Der Begriff Kapitalismus ist so negativ besetzt, daß auch diejenigen, die den Sozialismus ablehnen, auf keinen Fall Befürworter des Kapitalismus oder Kapitalisten sein wollen. So suchen sie ihr schlechtes Gewissen damit zu beruhigen, daß sie etwa sagen, man müsse zwischen dem „Kapitalismus des Westens“ und dem „Sozialismus des Ostens“ einen „mittleren Weg“ finden. Sie sind sich aber nicht klar darüber, daß sie mit der Verwendung des nebulösen, diffamierend gemeinten Begriffs Kapitalismus für unsere politische Ordnung denen in die Hände arbeiten, die mit dieser Bezeichnung die verfassungsstaatliche Demokratie überhaupt in Verruf bringen und durch ein grundlegend anderes System ersetzen wollen.

Das ist nur ein Beispiel, wie schnell sich Begriffe verbreiten können, deren ideologische und politische Hintergründe der Mehrzahl der sie Benutzenden nicht bewußt sind. Aus Furcht, hinter der Zeit herzuhinken oder den Wortführern der öffentlichen Meinung zu widersprechen, wird unbedacht eine Sprache übernommen, deren Sinn, Bedeutung und Hintergründe zunächst einmal kritisch geprüft werden sollten.

Das gilt ebenso für die christlichen Kirchen. Auch hier sind in breitem Strom Begriffe eingedrungen, die bereits mit Bedeutungen besetzt sind, denen vom Standpunkt des christlichen Glaubens zumindest mit kritischem Unterscheidungsvermögen begegnet werden müßte. Wenn man etwa von den Übeln des „Kapitalismus“ und der notwendigen Suche nach einem „mittleren Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus spricht, wie es in der Kirche auf allen Ebenen ständig geschieht, dann müßte man sich darüber Rechenschaft geben, was diese Begriffe heute bedeuten und welche Angriffsspitze sie haben. Die Christen sollten sich nicht daran beteiligen, wenn durch Herrschaft über die Sprache der demokratische Verfassungsstaat diffamiert und aus den Angeln gehoben werden soll.

Wolfgang Seibel SJ